

SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



Nie zu alt für Misserfolg – Gedanken zum Rücktritt von Bundesrat Pascal Couchepin
Von Nationalrat Christoph Mörgeli

Seite 4



Erfolg für die SVP: Nein zur Revision des Militärgesetzes
Interview mit Nationalrat Christian Miesch

Seite 10



Der Aufstieg der SVP in der Westschweiz
Von Gilberte Demont, Präsidentin SVP Freiburg

Seite 15

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 60 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 6/2009

CVP – die Konkordanzmörderin?
Nationalrat Toni Brunner S. 3

Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer
Nationalrat Hansruedi Wandfluh S. 5

Vorsicht! – Die AHV darf nicht geplündert werden!
Nationalrat Max Binder S. 6+7

Rechtsstaatlich unhaltbare Hauruckübung
Nationalrat Caspar Baader S. 8

Explodierende Krankenkassenprämien – was ist zu tun?
Nationalrat Alfred Heer S. 9

ATALANTA – ein teurer Schuss in den Ofen
Nationalrat Roland F. Borer S. 11

Schweizer Armee: Keine neutralitätsfeindlichen Experimente im Ausland
Delegiertenversammlung S. 12

Aus der Session S. 13

SVP-Grossratspräsidenten in der Westschweiz S. 14

Reklame

Win-win statt Blabla.

zt Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93
www.ztonline.ch

Mehrwertsteuererhöhung und AHV-Plünderung stoppen!

Am 27. September 2009 stimmt das Schweizer Stimmvolk über die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 8 Prozent ab. Einmal mehr sollen der Bevölkerung 1,2 Milliarden Franken zusätzliche Mittel aus der Tasche gezogen und zusätzlich 5 Milliarden Franken aus der AHV in die marode IV transferiert werden. Die SVP verlangt eine ausgabenseitige Sanierung der Invalidenversicherung und konsequente Missbrauchsbekämpfung – ohne zusätzliche Steuergelder und ohne Raubzug auf unsere Altersrenten!

Die SVP bekämpft diese höchst schädliche Mehrwertsteuererhöhung mit aller Kraft. Es wäre absolut verantwortungslos, den Bürgern und den Unternehmungen in der aktuellen Wirtschaftskrise zusätzliche finanzielle Belastungen aufzubürden. Dies würde die Kaufkraft weiter einschränken, den Konsum sowie die Investitionen weiter schwächen und in der Folge zusätzlich Arbeitsplätze gefährden.

Zudem wird dem AHV-Fonds mit der aktuellen Vorlage einmal mehr Geld entzogen, welches im maroden System der Invalidenversicherung versandet. 5 Milliarden Franken AHV-Rentenguthaben würden so zweckentfremdet, obwohl dem Volk früher bereits versprochen wurde, dass die Golderlöse aus der Nationalbank einzig der AHV zugute kommen. Deshalb setzt ein Nein auch hier ein deutliches Zeichen: Hände weg von der AHV!



Das Volk kaputt steuern?

NEIN

zur Mehrwertsteuer-Erhöhung



..... Expl.	Sommerangebot SVP-Fussball	Fr. 20.-
..... Expl.	Cap «Swiss Look»	Fr. 10.-
..... Expl.	Rucksack (Sonderpreis) robust und praktisch, für Sie und Ihn!	Fr. 10.-

**Weitere Artikel finden Sie
im SVP-Onlineshop**

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Mail

Ort

Datum

Unterschrift

Bitte Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Impressum

SVP-Klartext

Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin:
Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise:
12× / Jahr

Chefredaktor:
Alain Hauert

Inserate:
Alain Hauert

Adresse:
Generalsekretariat SVP
Postfach 8252
3001 Bern
Telefon 031 300 58 58
Fax 031 300 58 59
E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:
Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.-
(Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:
Schweiz. Volkspartei
3000 Bern
PC 30-8828-5
Vermerk: Klartext

Druck:
Zofinger Tagblatt AG
ZT Print
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen,
Telefon 062 745 93 93
Fax 062 745 93 49
www.ztonline.ch

Adressänderungen:
per E-Mail an klartext@svp.ch

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 60000 Exemplaren. **Ab nur 140 Franken** sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, Ebnet-Kappel SG

CVP – die Konkordanzmörderin?



Nun stehen also wieder Bundesratsersatzwahlen an. Bundesratswahlen sind eine ernsthafte Sache. Es geht um das Wohl unseres Landes. Die SVP will Vertreter in der Regierung, die für unsere Bürgerinnen und Bürger und unsere schöne Schweiz einstehen. Auch das Volk will das, wie dieses anlässlich der eidgenössischen Wahlen 2007 deutlich zum Ausdruck gebracht hat. Die SVP wurde mit 29% zur wählerstärksten Partei. Die FDP erreichte lediglich 15,6%, die CVP nur gerade 14,6%. Der Anspruch der SVP auf einen zweiten Bundesratsitz ist damit unbestritten.

Doch leider sehen nicht alle Parteien in den Bundesratswahlen eine ernsthafte Angelegenheit. Ansprüche melden vorab all diejenigen an, die sie gar nicht ausweisen können. Die Spiele, die wir bereits rund um die Abwahl von Bundesrat Christoph Blocher und vor der Wahl von Bun-

desrat Ueli Maurer erlebt haben, scheinen munter weiterzugehen. Auch jetzt schiebt beispielsweise die CVP bereits wieder um Unterstützung zur Linken. Da fragt man sich natürlich unweigerlich: ein Pakt, der vor Jahren geschmiedet wurde? Ein Pakt, bei dem es um den Todesstoss für die Konkordanz geht? Die CVP als Mörderin der Konkordanz?

Neu- oder Wiederwahlen des Bundesrates sind sorgfältig und mit grösster Ernsthaftigkeit vorzubereiten. Das Wahlgremium ist noch immer die Vereinigte Bundesversammlung, die direkt vom Schweizer Volk gewählt wird und entsprechend auch das Schweizer Volk zu vertreten hat. Die SVP setzt auf tiefere Steuern, den eigenständigen Weg der Schweiz ausserhalb der EU und mit der Ausschaffungsinitiative und weiteren Verschärfungen im Strafrecht auf mehr Sicherheit. Sie will auch eine Umkehr in der Schulpolitik und eine

Stärkung der Eigenverantwortung bei der Erziehung.

Für die SVP muss der kommende Bundesrat Kompetenz in Wirtschafts- und Finanzfragen mitbringen, Führungserfahrung haben und bedingungslos für die Schweiz einstehen. Aus diesem Grund führen wir von der SVP Gespräche mit der FDP und der CVP, stellen diesen die Frage nach der Konkordanz, der künftigen Zusammensetzung der Regierung und dem Anspruch der SVP auf einen zweiten Sitz im Bundesrat. Nach den Gesprächen wird die SVP darüber entscheiden, ob und wann wir mit einer eigenen Kandidatur antreten. Der Zentralvorstand der SVP Schweiz hat deshalb beschlossen, dass die Westschweizer Kantonalparteien einzuladen sind, der Fraktion bis zum 14. August 2009 mögliche Kandidaturen zu melden. Dabei dürfen auch ausgewiesene Führungspersönlichkeiten aus der Wirtschaft nicht vergessen werden.

Werbung

Wir wollen Ihren Erfolg.

Seit mehr als 30 Jahren sind wir erfolgreich für unsere Kunden in den Bereichen politische Kommunikation und Wirtschaftswerbung tätig.

Für die SVP Schweiz, verschiedene SVP-Kantonal- und Stadtparteien, für Politikerinnen und Politiker, für Verbände, Vereine und Stiftungen sowie für KMU-Betriebe in der ganzen Schweiz. Zupackend, kostenbewusst und termintreu.

Und dies in den Bereichen

- Wahl- und Abstimmungswerbung • Campaigning und Persönlichkeitsprofilierung • Lobbying und PR
- Produkte- und Dienstleistungswerbung • Eventorganisation

Dabei haben wir eines immer wieder bewiesen: Mit einer klaren Zielsetzung, einer gutdurchdachten Strategie und einer emotionalen und verblüffenden Umsetzung die Botschaft zielgerecht zu verbreiten und – wo nötig – Medienaufmerksamkeit zu schaffen.

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

GOAL AG für Werbung, PR und Events

Alexander Segert
Geschäftsführer

Tel 043 499 24 00, info@goal.ch, Postfach, 8600 Dübendorf/ZH

Ihr Volksmusikspezialist:
→ www.phono-schop.ch

Nationalrat Christoph Mörgeli, Stäfa (ZH)

Unermüdtlich für sich selber

«Staatsmann» – «grosser Patriot» – «herausragende Arbeit» – «unermüdtlicher Einsatz». Mit solch üppigen Wortgirlanden bekränzte der FDP-Pressedienst den Abgang von Bundesrat Pascal Couchepin. Gleichzeitig äusserten seine Parteifreunde nicht nur hinter vorgehaltener Hand ein erleichtertes «Uff». Zu deutlich erkannten sie im selbstgefälligen Walliser die zuverlässigste Konstante des freisinnigen Niedergangs. Was ihnen als Erklärung ganz bequem war. Wahl-niederlage 1999? Wegen Couchepins Chaos rund um die Expo! Wahlschlappe 2003? Wegen Couchepins Vorschlag von Rentenalter 67! Wahldebakel 2007? Wegen Couchepins Duce-Blocher-Vergleich! **Nun ist die FDP den besten aller Sündenböcke los. Und plötzlich wieder selber verantwortlich für Erfolg oder Misserfolg.**

Couchepin habe immer die Interessen der Allgemeinheit gegen Einzelinteressen verteidigt, so die FDP. Und der so Belobigte glaubte es schliesslich selber. Er sei besonders stolz – diktierte er der «NZZ am Sonntag» –, dass er nie seine Interessen über jene des Landes gestellt habe. Dabei hatte er am Tag seines Rücktritts den Journalisten eine fein säuberliche Auflistung seiner 27 persönlichen Wahlen verteilen lassen. Kein zukunftsweisendes Dossier. Keine realisierte Sachvorlage. Keine politische Wegmarke. **Die eigene Karriere war ihm wichtigstes Projekt, die Wiederwahl sein Hauptziel, das Ego sein Programm.** Als «äusserst erfolgreicher Bundespräsident» gefiel es dem Innenminister am besten im Ausland. Gerne erinnern wir uns an seine eminenten Reisen nach Asarbeitschan, Libanon und Marokko.

Laut FDP hat Pascal Couchepin «immer diejenige Entscheidung getroffen, die gut für das Land war». Ein Ruck ging durchs Land, als er seinen persönlichen Mitarbeiter anwies,



vertrauliche Tourismus-Mitberichte des Kollegen Christoph Blocher im Wallis zu verbreiten. Es herrschte landesweite Begeisterung, dass Couchepin zu einem geringen Mietzins ganz allein sechs Prachtzimmer im bundeseigenen Wattenwyl-Palast bewohnte. Spürbar das Aufatmen im

Land, als er den Krankenkassen befahl, ihre Reserven zu plündern. Welche Wohltat für das Land, als er beschloss, die jährliche Erhöhung der Prämien nicht mehr persönlich zu kommunizieren. Wie soll ihm das Land je danken, dass es für die Invalidenversicherung acht Milliarden mehr Mehrwertsteuer bezahlen und fünf Milliarden aus der AHV umschichten darf? **Und wo stünde unser Land, wenn es Couchepin nicht gelungen wäre, seine welschen Parteikollegen von der Abwahl Blochers zu überzeugen?**

Nun trauert der Staatsmann, dessen cholerasches Temperament zu unbeherrschten Ausfällen neigte, in seiner Hauszeitung «NZZ am Sonntag» den entgangenen Möglichkeiten nach. Ja, er sei offen gegenüber Europa und gehe davon aus, dass wir der EU beitreten. Ja, die Schweiz brauche

einen mehrjährigen, von der mühsamen Departementsarbeit entlasteten Bundespräsidenten. Ja, er hätte diese Rolle sehr gerne ausgefüllt (Originalton: «Das wird Sie wohl kaum überraschen!»). Ja, die Kleinparteien seien eine Gefahr für die Stabilität des Landes. Denn Monsieur Couchepin liebt es nicht, dass die mächtigen Grossparteien im demokratischen Wettbewerb ständig herausgefordert werden. Ja, er sei stolz, dass es ihm gelungen sei, als Politiker nie populär zu werden. Bei ernsthaftem Nachdenken über die wirklichen Gründe würde ihm vielleicht klar werden, dass **die Bevölkerung sehr genau weiss, welchen Politikern sie das Vertrauen schenkt: Gewiss zuletzt denjenigen, die spürbar nur an sich selber denken.**

Christoph Blocher hat sich an der Universität St.Gallen als Dozent für Wirtschaftsethik beworben. Er sei dafür mit 68 Jahren zu alt, tönnte es von dort zurück. Der 67-jährige Pascal Couchepin aber ist nicht zu alt für ein devotes Angebot seiner Untergebenen von der ETH Lausanne als Dozent «für Schweizer Politik und Wirtschaft». **Für den Misserfolg ist man hierzulande nie zu alt.**

Ersatzwahl in den Bundesrat: SVP prüft mögliche Kandidaturen

Der Zentralvorstand der SVP fordert die Partei- und Fraktionsleitung auf, sich für eine im Umgang mit Krisen erfahrene, führungsstarke Persönlichkeit für den frei werdenden Bundesratssitz einzusetzen und auch eine eigene Kandidatur aus der Westschweiz ernsthaft zu prüfen. Die SVP als grösste Partei ist die einzige, welche sowohl von der Partei- als auch von der Fraktionsstärke her Anspruch auf zwei Sitze hat und mit einem Sitz krass untervertreten ist.

Aufgrund der Wählerstärke ist der Anspruch der SVP auf eine Doppelvertretung im Bundesrat unbestritten. Nebst den Gesprächen mit den anderen Parteien sind die Westschweizer Kantonalparteien und die SVP Tessin dazu aufgerufen, bis zum 14. August 2009 zuhanden der Fraktion mögliche Kandidaturen einzureichen. Die SVP-Bundeshausfraktion wird noch vor Beginn der Herbstsession definitiv über das weitere Vorgehen entscheiden.



Nationalrat
Y. Nidegger
Rechtsanwalt
Kanton Genf



Nationalrat
G. Parmelin
Landwirt
Kanton Waadt



Nationalrat
J.-F. Rime
Unternehmer
Kanton Freiburg



Unternehmer und Nationalrat Hansruedi Wandfluh, Frutigen (BE)

Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer

Die aktuelle Wirtschaftskrise und die damit einhergehende steigende Arbeitslosigkeit trifft uns alle. Gerade deshalb gilt es, die ausufernde staatliche Tätigkeit zu stoppen. Nachdem die SVP als einzige Partei seit Jahren vor den verheerenden Auswirkungen des unkontrollierten Ausbaus der Sozialversicherungen gewarnt hat, sind dessen Folgen heute nicht mehr zu übersehen. Aber unser Bundesrat und die Mitte-links-Parteien drücken sich davor, Verantwortung zu übernehmen und grundlegende Reformen umzusetzen. Vielmehr wird einmal mehr versucht, die fatalen Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte mit zusätzlichen Steuergeldern und mit Staatsaktivität zu korrigieren. Die SVP lehnt deshalb die Erhöhung der Mehrwertsteuer, welche tiefe Einkommen und Familien überproportional stark belastet, entschieden ab – damit allen mehr zum Leben bleibt!

In der Krise ist es die grundlegende Aufgabe des Staates, seine Bürger und Unternehmungen zu entlasten und nicht den Staatshaushalt weiter aufzublähen. Genau dies würde bei einer Annahme der Abstimmungsvorlage vom 27. September 2009 über eine Mehrwertsteuererhöhung jedoch passieren.

8,4 Milliarden Franken zusätzliche Steuerlast

Sämtliche Parteien mit Ausnahme der SVP wollen die Mehrwertsteuer um proportional 0,4 Prozent auf 8 Prozent erhöhen, um damit ein marodes Sozialwerk ohne notwendige Reformen weiter finanzieren zu können. Hierfür nehmen sie in Kauf, dass alle Bürger – vor allem aber Familien und wenig Verdienende, welche überproportional betroffen sind – mehr Steuern zahlen müssen. Zusätzlich soll die AHV um 5 Milliarden Franken geplündert werden. Die Konsequenzen dieses verantwortungslosen Handelns sind gravierend.

Während andere Staaten in Europa – etwa Grossbritannien – ihre Bürger in der schwierigen Wirtschaftssituation durch eine Senkung der Mehrwertsteuer entlasten, plant in der Schweiz eine Koalition aus FDP, CVP und Linksparteien das Gegenteil: Mit der vorgeschlagenen Mehrwertsteuererhöhung würden den Schweizerinnen und Schweizern jährlich zusätzliche Steuern in der Höhe von 1,2 Milliarden Franken aufgebürdet – über die Laufzeit von 7 Jahren ergibt das eine Steuererhöhung von weit über 8 Milliarden Franken. Dieser massive Kaufkraftverlust schwächt unsere Bin-



nenwirtschaft weiter. Der damit verbundene Konsum- und Investitionsrückgang kann nicht mit Konjunkturprogrammen und Stützungsmaßnahmen wettgemacht werden. Deshalb verlangt die SVP einen konsequenten Verzicht auf solche Massnahmenpakete und fordert stattdessen spürbare Steuer-senkungen, um Konsum und Wirtschaft anzukurbeln.

IV ausgabenseitig sanieren

Die SVP hat sich im Vertrag mit dem Volk verpflichtet, konsequent für tiefere Steuern für alle einzutreten. Diesem Grundsatz bleiben wir auch in der aktuellen Frage treu. Der stetige Ausbau des Staatshaushaltes, wie ihn die anderen Parteien einmal mehr anstreben, ist kein gangbarer Weg, um die Probleme in den maroden Sozialversicherungen langfristig zu lösen. Vielmehr gilt es die ausgabenseitige Sanierung – insbesondere bei der IV – jetzt konsequent anzugehen.

Aufgrund des stetigen Leistungsausbaus ist die IV immer mehr zu einer «Komplementär-Sozialhilfe» verkommen. Auch heute gibt es in der IV, neben den wirklichen Invaliden, eine grosse Anzahl von Bezüglern, die dem IV-Begriff des Gesetzgebers nicht entsprechen. Die Zahl der IV-Rentner stieg seit 1990 von rund 164 000 auf knapp 300 000. Dies heisst, dass es heute 78 Prozent mehr IV-Rentner gibt als noch 1990 und gar 138 Prozent mehr als noch 1980.

Steuererhöhungen gefährden auch Arbeitsplätze

Auch ohne höhere Mehrwertsteuer steigen die Zwangsabgaben und Kosten für Haushalte und Unternehmungen in der Schweiz ungebremst an. Explodierende Krankenkassenprämien, massiv höhere Strompreise oder die geplante Verdreifachung der CO₂-Abgabe belasten das Budget und die Portemonnaies. Auch für die Industrie wird durch diese Zusatzkosten die Produktion entscheidend verteuert. In der Folge lahmte die Wirtschaft erst recht und die Arbeitslosigkeit nimmt weiter zu. Welche Konsequenzen dies haben wird, lässt sich nur erahnen. Bereits in den letzten Monaten entwickelten sich die Zahlen dramatisch: Während noch im September 2008 95 980 Personen (2,4%) arbeitslos waren, stieg diese Zahl innert nur weniger Monate auf 135 128 Personen (3,4%) per Ende Mai 2009 an. Im Oktober 2008 wuchs die Kurzarbeit gegenüber dem September 2008 um sagenhafte 66,7 Prozentpunkte! Und die Wirtschaftsprognosen lassen keine

rasche Verbesserung der Situation erwarten. Das SECO hat die Wachstumswahlen stark nach unten korrigiert und erwartet, dass die Wirtschaft im Jahr 2009 um 2,7 Prozent schrumpfen wird. Die Prognosen werden laufend noch nach unten korrigiert.

Fiskalische Anreize als Wirtschaftsmotor

Angesichts dieser Konjunktursituation müssten eigentlich Bundesrat und Parlament alles daransetzen, um die Wirtschaft mit wirksamen fiskalischen Anreizen am Laufen zu halten. Hierzu sind schnell zu implementierende Massnahmen nötig. Neben der Senkung der Mehrwertsteuer sind dies: Einfrieren der Krankenkassenprämien, Sistierung der Autoimportsteuer, steuerliche Entlastung der Familien ohne Diskriminierung der Familienformen bei den Abzügen, Verkürzung der Zahlungsfristen von Aufträgen des Bundes, Verlängerung der Zahlungsfristen für Steuern sowie der rasche Ausgleich der kalten Progression.

Mit der Senkung der Mehrwertsteuer verfügt der Bundesrat über ein wirksames, einfaches und vor allem kostengünstiges Rezept zur Steigerung der Kaufkraft und damit zur Ankurbelung des Konsums und der Investitionen. Selbst sozialdemokratisch regierte Länder wie Grossbritannien haben diesen Schritt bereits getan und ihre Mehrwertsteuer zur Bekämpfung einer drohenden Rezession gesenkt. Die britische Regierung hat im November 2008 beschlossen, die Mehrwertsteuer ab Dezember 2008 bis Ende 2009 um 2,5 Prozentpunkte zu senken, um die Konjunktur anzukurbeln.

Die Mehrwertsteuererhöhung, wie sie vom Bundesrat und von der Mitte-links-Mehrheit des Parlaments angestrebt wird, ist ein völlig verfehltes Zeichen in einer wirtschaftlich schwierigen Situation. Eine weitere Schwächung der Kaufkraft würde die Schweizer Wirtschaft in unverantwortlicher Weise zusätzlich lähmen. Deshalb braucht es am 27. September ein klares NEIN zu dieser Abstimmungsvorlage!

Nationalrat Max Binder, Illnau (ZH)

Vorsicht! – Die AHV darf nicht geplündert werden!

Der zweite Teil des Bundesbeschlusses über eine befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze sieht vor, für die IV einen eigenständigen Ausgleichsfonds zu schaffen. Dies ist richtig. Es geht nicht an und ist verwerflich, dass der Bundesrat und die Mitte-links-Parteien gleichzeitig 5 Milliarden Franken aus dem AHV-Fonds zugunsten des IV-Fonds entwenden wollen. Diese 5 Milliarden Franken fehlen in dem Sozialwerk, in das alle einbezahlt haben und von dem auch alle profitieren sollen. Bereits bei der Goldinitiative hat sich die SVP vehement dafür eingesetzt, dass die überschüssigen Goldreserven der Nationalbank zur Sicherung der Altersvorsorge verwendet werden sollen. Dieses Vorgehen ermöglichte, dass die gesamte in der Schweiz arbeitende Bevölkerung am Volksvermögen teilhaben kann. Der nun geplante Griff in den AHV-Fonds zu Gunsten der IV untergräbt und torpediert diese Idee in übler Art und Weise und ist deshalb strikte abzulehnen. Wer garantiert uns sonst, dass dies künftig nicht wieder passiert und diese Plünderung unserer Altersvorsorge somit gar zur Dauerlösung für die IV-Probleme werden soll?

Die AHV-Rente stellt für eine Mehrheit der Bevölkerung die Lebensexistenz nach der Pensionierung sicher. Deshalb dürfen nicht 5 Milliarden Franken aus dem AHV-Fonds entwendet werden und zweckentfremdet dem IV-Fonds gutgeschrieben werden. Zusätzlich verliert der AHV-Fonds täglich rund 4 Millionen Franken, weil dieser die IV vorfinanziert. Buchhalterisch liegen im AHV-Fonds rund 40 Milliarden Franken, real sind es jedoch nur 28 Milliarden. Die 12 Milliarden Differenz entsprechen der Schuld der IV. Die Auftrennung des AHV- und IV-Fonds ist nach einem NEIN an der Urne umgehend an die Hand zu nehmen. Die Äufnung eines neuen Fonds für die IV ist jedoch nicht Sache der AHV, sondern hat aus den allgemeinen Bundesmitteln zu geschehen. Die Stärkung einer schwachen Institution (IV) darf nicht zur Schwächung einer anderen (AHV) führen. Ausserdem bricht die linke Parlamentsmehrheit mit dieser Vorlage einmal mehr ein Versprechen, dass die sogenannten überschüssigen Goldreserven der Nationalbank nur für die AHV-Sanierung verwendet werden. Ein NEIN zur Erhöhung der Mehrwertsteuer trägt so zur Sicherung der wichtigsten Sozialversicherung, der AHV, bei.



Mitteparteien brechen Versprechungen

Vor der Abstimmung über die KOSA-Initiative («Nationalbankgewinne für die AHV») im Jahr 2006 haben FDP und CVP versprochen, dass das Nationalbankgold für den Fall der Ablehnung der Initiative dem AHV-Fonds und innerhalb dieses Fonds der AHV zugute kommen soll. Damals schrieb das überparteiliche Komitee bestehend aus FDP, CVP und SVP im Argumentarium: «Die AHV zählt zu den grossen Errungenschaften unseres Landes. Sie muss langfristig gesichert werden. Die

KOSA-Initiative kann das nicht. Das linke Begehren kann nicht einmal garantieren, dass die Nationalbankgewinne tatsächlich für die AHV-Renten und nicht für IV-Bezüge verwendet werden.» Weiter schrieben sie: Bei einer Ablehnung der Initiative «erhält der AHV-Fonds 7 Milliarden Franken sofort und auf sicher – und zwar zugunsten der AHV.» Heute, nur drei Jahre nach dieser Abstimmung, soll alles nicht mehr gelten. Die Mitteparteien wollen nichts mehr von ihren damaligen Versprechen wissen. Damit wird ein entscheidendes Argument, welches in der Bevölkerung zur Ablehnung der KOSA-Initiative führte, von den anderen Parteien missachtet. Gleichzeitig führt dieses Vorgehen zur Schwächung des Vertrauens der Bevölkerung in die Bundespolitik.

Kein Nationalbankgold für den IV-Missbrauch

Noch schlimmer als die Tatsache, dass die Mitteparteien ihr Versprechen gebrochen haben, ist, dass die 7 Milliarden Franken Volksvermögen aus dem Verkauf des Nationalbankgoldes nicht nachhaltig eingesetzt

werden. Sie verpuffen in 4–5 Jahren, um die massiven Missstände in der IV und das daraus resultierende Defizit von 1,5 Milliarden Franken pro Jahr über ein paar Jahre hinweg zu kaschieren. NEIN, das darf und kann nicht sein. Damit wird das Problem der IV nicht behoben, sondern nur verschoben. Gleichzeitig wird aber die AHV geschwächt. Die SVP, welche mit der Goldinitiative die Erlöse aus dem Verkauf der Goldreserven vollkommen der AHV zugutekommen lassen wollte, sagt NEIN! Volksvermögen gehört dem Volk. Die 7 Milliarden Franken müssen in der AHV bleiben und nur den AHV-Rentnern zugutekommen.

Druck auf IV-Sanierung hochhalten

Der mit diesem BB gewählte Sanierungsansatz ist grundsätzlich falsch, denn neues Geld führt nicht zu einer anderen Einstellung und auch nicht zu einem anderen Verhalten gegenüber der IV. Wenn man dem Sohn oder der Tochter die Handykosten unbesehen bezahlt, werden diese erfahrungsgemäss laufend steigen. Wenn man aber sagt, wie viel pro Monat bezahlt wird, wird sich das Verhalten wohl ändern. So wäre es wohl auch bei der IV. Dennoch soll bei der IV weiter geschüttet werden. Trotz den bisherigen Misserfolgen – alle Zusatzfinanzierungen der letzten Jahre sind erfolglos verlaufen – sollen weitere Finanzmittel in das marode IV-System gepumpt werden. Die SVP macht da nicht mit! Für uns gilt es nun endlich die Missbräuche in der IV zu bekämpfen. Die Mitte-links-Parteien gehen leider den bequemeren und einfacheren Weg. Das ist falsch: Der Sanierungsdruck bei der maroden IV-Kasse ist hochzuhalten, da die Vergangenheit gezeigt hat, dass eine Zusatzfinanzierung ohne vorherige Bekämpfung der Missbräuche nie erfolgreich war. Deshalb müssen die Probleme im Bereich der IV jetzt mit aller Konsequenz angegangen werden, um dieses Sozialwerk ausgabenseitig zu sanieren und die AHV zu entlasten. Nur eine ausgabenseitige Sanierung wirkt. Aber die Mitte-links-Regierungskoalition will die herrschenden Missstände – wie bereits in den 90er-Jahren – totschweigen und

mit Steuergeldern sowie einem Milliardenbetrag aus unserer Altersvorsorge zudecken. In der Form, wie sie vom Bundesrat und von der Mitte-links-Mehrheit im Parlament vorgeschlagen wurde, verkommt die Zusatzfinanzierung jedoch zu einer blossen Placebosanierung der IV auf Kosten der AHV und der Steuerzahler.

Fazit

Die SVP steht zu einer in sich funktionierenden IV. Sie soll Menschen zugutekommen, die durch Invalidität in ihren Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten eingeschränkt oder verhindert sind. Missbräuche sind aber konsequent zu bekämpfen. Das ist wichtig gegenüber jenen Mitmenschen, die sich richtig verhalten. Deshalb sind zuerst Missstände zu beseitigen! Eine Finanzierung des neuen IV-Ausgleichsfonds auf Kosten der AHV ist konsequent abzulehnen.



Nein zum Raubzug auf unsere AHV

Mit dem Transfer von 5 Milliarden Franken in die IV werden die AHV-Gelder in den falschen Topf geworfen!

AHV plündern - Steuern erhöhen?

NEIN. Denn immer neue Prämien- und Preisaufläge mitten in der Krise belasten Menschen und Wirtschaft bereits jetzt im Übermass. Zum Leben bleibt immer weniger!

NEIN. Denn die AHV darf nicht zugunsten der überschuldeten Invalidenversicherung mit 5 Milliarden Franken geplündert werden. Um der IV wirklich zu helfen, muss der Missbrauch konsequent bekämpft werden. Deshalb: Hände weg von unserer AHV!

NEIN
zu **8%**
Mehrwertsteuer

www.mwst-stop.ch

Mit einer Spende auf **PC 60-618593-1** unterstützen Sie diese Kampagne. Danke.
Überparteiliches Komitee gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer, Postfach 8252, 3001 Bern.

Nationalrat Caspar Baader, Fraktionspräsident SVP Schweiz, Gelterkinden (BL)

Rechtsstaatlich unhaltbare Hauruckübung

In letzter Sekunde hat das Parlament die bereits publizierte Abstimmungsvorlage abgeändert und hat die Einführung der Mehrwertsteuererhöhung um ein Jahr, auf den 1. Januar 2011, verschoben. Dieses demokratieunwürdige Spielchen ist reine Abstimmungstaktik und diene aus Sicht der Befürworter dazu, die Wirtschaftsverbände ins Boot zu holen. Dem Volk macht man falsche Versprechungen und spricht schon wieder vom wirtschaftlichen Aufschwung, obwohl das Land mitten in einer Rezession – wohl in der schlimmsten Krise seit Jahrzehnten – steckt. Ob die Mehrwertsteuer 2010 oder 2011 angehoben wird, ist egal, beides ist falsch. So oder so soll einmal mehr den Bürgern und Bürgerinnen Geld aus dem Sack gezogen werden.

Die Frage der Verschiebung der Mehrwertsteuererhöhung wurde bereits am 12. Februar in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit geprüft, in Kenntnis aller Umstände: Die wirtschaftliche Entwicklung war bekannt. Die Probleme, die wir mit der Krankenkassenversicherung, den stetig steigenden Prämien haben, waren damals auch bekannt. Die anstehenden, finanziellen Zusatzbelastungen für unsere Bürger und Unternehmungen waren bekannt. Dennoch wurde die Vorlage in unveränderter Form publiziert. Es ist ein Affront gegenüber dieser Kommission, dass die Mitte-links-Parlamentarier nun ein paar Wochen vor der Abstimmung trotzdem eine Veränderung vorgenommen haben.

Wir stehen im Bereich der Sozialversicherungen vor einmaligen Herausforderungen: Zusatzbelastungen bei der Arbeitslosenversicherung, bei der Kasse der Erwerbsersatzordnung, bei den Krankenkassenprämien etc. Und jetzt sollen die Bürger auch bei der anstehenden Mehrwertsteuererhöhung massiv zur Kasse gebeten werden.

Die SVP hat sich immer wieder gegen diese ungedeckten Checks zugunsten der Sozialversicherungen gewehrt und auf die Notwendigkeit der ausgabenseitigen Sanierungsmassnahmen hingewiesen. Die Mitteparteien haben jedoch immer wieder alle ordnungspolitischen Grundsätze vernachlässigt: Nun werden also die FDP, CVP und die Economiesuisse zusammen mit den Linken dafür kämpfen, dass die MwSt. erhöht wird, statt dass die Probleme



bei der IV gelöst werden. **Die Mehrwertsteuererhöhung kommt im dümmsten Moment auf den Tisch, daran ändert auch der Taschenspielertrick mit der Last-Minute-Verschiebung nichts!**

Rechtsstaat oder Bananenrepublik?

Diese geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der IV ist falsch, weil sie nur Symptome bekämpft und die echten Probleme – nämlich den nach wie vor bestehenden Missbrauch bei der IV – kaschiert. Neue Zwangsabgaben und die Plünderung des AHV-Fonds sind keine Lösungen, sondern sie schieben das Problem der maroden Invalidenversicherung lediglich auf und schaffen zudem weitere Problemfelder. Die AHV wird durch die 5 Milliarden Franken, die ihr für das «Startkapital» der IV weggenommen werden sollen, deutlich geschwächt.

Zudem ist das Vorgehen von Parlament und Bundesrat rechtlich nicht haltbar. Diese Übung ist ein trauriges Kapitel und insbesondere die Mitte-links-Parteien bewegen sich hier auf einem unhaltbaren Pfad. Die SVP wird ihnen auf diesem Pfad nicht folgen, das kann ich versprechen!

Was in den letzten Tagen der vergangenen Session mit **dieser Abstimmungsvorlage veranstaltet wurde, ist rechtsstaatlich gesehen ein Skandal, eine noch nie dagewesene Hauruckübung.** Wir sind doch nicht in einer Bananenrepublik! Eine Verfassungsänderung, die bereits im Bundesblatt publiziert worden ist, wurde im Widerspruch zu Artikel 58 des Bun-

desgesetzes über die politischen Rechte geändert. Es kümmerte anscheinend auch niemanden mehr, dass der Bundesrat die Vorlagen nach Artikel 10 des entsprechenden Bundesgesetzes vier Monate vor dem Abstimmungstermin festlegen muss. Das kann er gar nicht mehr, dafür ist es zu spät. Die Linken haben sich sogar geweigert – trotz meines Antrages in der zuständigen Kommission –, zu diesen Rechtsfragen ein Gutachten des Bundesamtes für Justiz einzuholen. Getreu dem Motto «Der Zweck heiligt die Mittel», wird die Rechtssicherheit in unserem Land einmal mehr untergraben.

Aber mit dem Verschieben des Inkrafttretens wird diese Vorlage nicht besser. Eine Mehrwertsteuererhöhung ist falsch und sie bleibt falsch. Letztlich ist es nicht entscheidend, ob die Bestimmung am 1. Januar 2010 oder am 1. Januar 2011 in Kraft tritt; entscheidend ist, dass die Vorlage einen Raubzug auf die AHV und auf das Portemonnaie der Bevölkerung darstellt. **Deshalb bekämpfen wir die Vorlage vom Inhalt her. Kämpfen Sie mit uns gegen solche Spiele, damit allen mehr zum Leben bleibt.**



Gerold Bührer: Financier des IV-Missbrauchs

Den Fettnapf dieses Monats verleihen wir dem Präsidenten des grössten Wirtschaftsverbandes unseres Landes.

Dank seiner gütigen Mithilfe zu einem zwei Tage dauernden Staatsstreik konnte sich die Mitte-links-Mehrheit im Parlament durch Abänderung eines bereits

vor Jahresfrist im Bundesblatt publizierten Bundesbeschlusses die Zustimmung des Dachverbandes der Schweizer Wirtschaft erkaufen. Widerspruch gegen Bundesrecht hin oder her – egal! Hauptsache ist, dass Economiesuisse seine Millionen für die letzte Schlacht des freudfreisinnigen Couchepin springen lässt. Im Klartext setzt der Dachverband der Schweizer Wirtschaft damit seine Mittel für eine Steuererhöhung ein, welche verhindert, dass die Missstände in der IV in den nächsten sieben Jahren korrigiert werden. Wir erklären Gerold Bührer daher zum Freund aller Scheininvaliden – neben Couchepin ein anderer nobler Financier des IV-Missbrauchs freisinniger Schule eben.

Ihr Fettnapf

Nationalrat Alfred Heer, Zürich (ZH)

Explodierende Krankenkassenprämien – was ist zu tun?

Seit der Einführung des Obligatoriums im Jahre 1996 sind die Krankenkassenprämien regelrecht explodiert. Gegen den Willen der SVP wurde in der Volksabstimmung 1994 das Obligatorium durchgesetzt. Die Befürworter aus SP und FDP haben dem Volk damals versprochen, dass mit der Revision und Einführung des Obligatoriums die Prämien leicht ansteigen und sich dann stabilisieren würden.

Obligatorium zerstört die Eigenverantwortung

Mit der Einführung des Obligatoriums muss jeder eine Krankenversicherung haben. Dabei kann er aber nicht wählen, welche Versicherung er will. Er ist verpflichtet eine Versicherung abzuschliessen, welche durch die Politik festgelegt wird. Dazu zählt eine Grundversicherung, welche sämtliche Risiken abdeckt. Vom Schwangerschaftsabbruch bis zur Heroinabgabe ist in dieser Grundversicherung alles gedeckt. Dies führt logischerweise dazu, dass die Prämien explosionsartig steigen. Mit den steigenden Prämien, für welche der Mittelstand bereits einen grossen Teil des Einkommens aufbringen muss, wird logischerweise auch mehr konsumiert. Der Prämienzahler hat keine Möglichkeit, sich aus dem System auszuklinken.



auszuarbeiten. Es ist nicht einzusehen, wieso Prämienzahler jeden Schnickschnack solidarisch mitbezahlen müssen für Patienten, Ärzte und Pharmedien, welche sich aus dem Geldtopf der Prämienzahler in Selbstbedienungsmannier alimentieren.

Obligatorium gehört abgeschafft

Deshalb ist es dringend nötig, dass das Obligatorium abgeschafft wird. Mit der Abschaffung des Zwangs, eine Versicherung gemäss den Wünschen der Politik und vor allem der Lobbyisten (Ärztelobby, Pharmedienlobby, Krankenkassenlobby, Therapeutenlobby und Patientenlobby) abzuschliessen zu müssen, werden Versicherte und Versicherungen wieder frei, eigene Versicherungsmodelle, welche weniger umfangreich, weniger teuer sind und vor allem mehr auf Selbstverantwortung basieren,

Prämien als neue Steuer, welche den Mittelstand ausblutet

Mit der Einführung der Verbilligung der Krankenkassenprämien, welche aus Steuermitteln finanziert wird, blutet der Mittelstand regelrecht aus. Bekanntlich werden die Vergünstigungen an weniger bemittelte Personen ausgerichtet, wobei die Umverteilung heute bereits an über 40% der Bevölkerung erfolgt. Dies bedeutet, dass besser verdienende Familien nicht nur die vollen Prämien zu bezahlen haben, sondern auch

keinerlei Vergünstigungen irgendwelcher Art erhalten. Dazu bezahlen die Besserverdienenden in diesem Lande bereits überdurchschnittlich Steuern, da die Steuersätze bekanntlich progressiv gestaltet sind. Die Sozialisten reiben sich ob dieser Entwicklung die Hände. Reichtumssteuern wurden an der Urne stets abgelehnt. Mit dem System der Prämienverbilligung wurde diese nun durch die Hintertüre eingeführt.

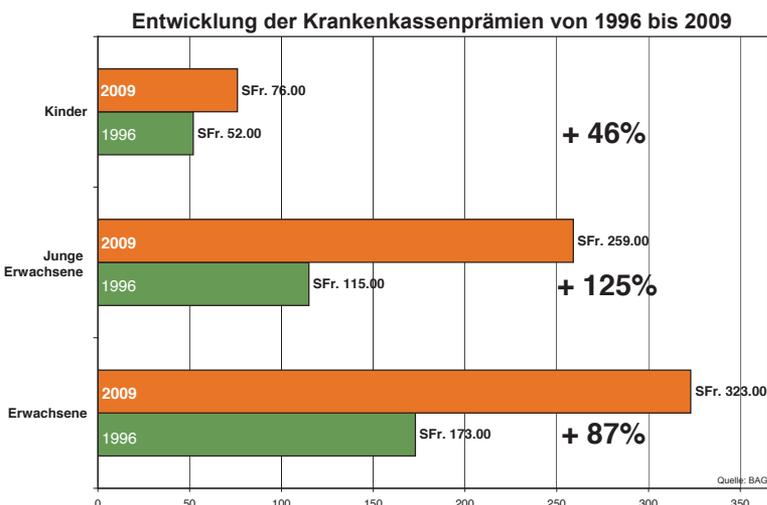
Kosten senken – nicht Geld in ein marodes System hineinpumpen

Es führt kein Weg daran vorbei, dass die Kosten im Gesundheitswesen gesenkt werden müssen. Heute werden die Prämien ganz einfach an die Kosten angepasst. Das Obligatorium

muss abgeschafft werden, damit kostengünstigere Modelle angeboten werden und der Versicherte wieder die freie Wahl hat, wie er sich versichern will. Dies führt dazu, dass weniger Geld ins Gesundheitswesen gepumpt und der Automatismus der steigenden Kostenspirale gebremst werden kann.

Sozial schwache Personen können noch immer zwangsversichert werden, so, wie dies vor dem Obligatorium der Fall war. Dazu braucht es aber keine Luxusgrundversicherung, welche alles beinhaltet, sondern eine solide Basisversicherung. Dies kommt in jedem Falle immer noch günstiger, als das heutige System, welches vor dem Kollaps steht.

Die Motion, welche in der Sommersession eingereicht wurde, mit dem Ziel, das Obligatorium aufzuheben, ist deshalb zu unterstützen. Flankierend dazu ist der Vertragszwang aufzuheben, sodass die Versicherungen die Möglichkeit haben, die schwarzen Schafe unter den Leistungserbringern auszuschliessen.



Nationalrat Christian Miesch, Titterten (BL) über Revision des Militärgesetzes

«Auslandeinsätze müssen freiwillig bleiben!»

Am 10. Juni hat der Nationalrat mit seinem NEIN zum Vorschlag der Einigungskonferenz die geplante Revision des Militärgesetzes endgültig beerdigt. Dies ist nach einer langen Zeit der Differenzbereinigung ein grosser Erfolg für die SVP. Was genau wollte diese Revision?

Christian Miesch: Mit der Revision des Militärgesetzes sollte die Möglichkeit geschaffen werden, militärische Ausbildungsbedürfnisse und Einsätze im Ausland gesetzlich zu verankern und damit auszubauen. Ein zentraler Punkt war dabei das geplante WK-Obligatorium für mechanisierte Truppen auf ausländischen Waffenplätzen. Damit sollten Milizsoldaten zu Ausland-WK gezwungen werden können. Überdies hätten in einer weiteren geplanten Änderung Berufssoldaten zu Auslandeinsätzen verpflichtet werden können. Dies hätte das Ende der

Freiwilligkeit von Auslandeinsätzen bedeutet und wäre ein klares Zeichen für die Forcierung der Operationen im Ausland gewesen.

Darüber hinaus wollte der Bundesrat auch eine grundlegende Kompetenzverlagerung zu seinen Gunsten durchboxen, welche ihm mehr Bewilligungen von Auslandeinsätzen ohne Beizug des Parlaments ermöglichen sollte.

Warum hat sich die SVP gegen diese Revision ausgesprochen?

Auslandeinsätze müssen klar freiwillig bleiben! Am 10. Juni 2001 (also auf den Tag genau acht Jahre vor dem NEIN zur geplanten Revision des Militärgesetzes) bejahte das Schweizer Stimmvolk mit 51 % Ja-Stimmen die bewaffneten Auslandeinsätze. Wiederholt wurde damals beteuert und in der Abstimmungsbroschüre auch mehrmals festgehalten, dass die Teilnahme an be-

waffneten Auslandeinsätzen für alle Beteiligten freiwillig ist. Dieses Versprechen gegenüber dem Stimmvolk wollten Bundesrat und Ständerat mit dieser Revision klammheimlich brechen.

Doch in erster Linie wehrten wir uns gegen das geplante Obligatorium für Ausland-WK. Ich bin klar der Meinung, dass der Soldat seinen WK in der Schweiz absolvieren muss und dort ausgebildet werden soll, wo auch ein allfälliger Ernstfall eintreten würde. Unser Milizsystem basiert auf diesen Überlegungen und ist nicht mit Wiederholungskursen im Ausland – weit weg von Familie und Beruf – vereinbar.

Im Klartext: Die SVP ist grundsätzlich gegen eine weitere Internationalisierung unserer Armee. Auslandeinsätze sollen und dürfen nicht noch weiter ausgebaut werden. Daher war für uns von Anfang an klar, dass wir uns mit allen Mitteln gegen diese geplante Militärgesetzrevision aussprechen und nötigenfalls das Referendum ergreifen würden. Dies ist ja nun zum Glück nicht mehr nötig.

Was sagen Sie zum Vorwurf der «unheiligen Allianz» zwischen Linken und SVP?

Uns geht es immer und ausschliesslich um die Sache. Leider ist es tatsächlich so, dass solche Mehrheiten nach aussen bizarr wirken. Es ist aber eine Hauptaufgabe des Parlaments, Mehrheiten zu bilden, auch wenn dies oftmals aus ganz unterschiedlichen Überlegungen heraus geschieht. Leider zwingen uns die internationalistischen Mitteparteien immer öfters zu diesem Schritt. Ehrlicherweise muss man aber auch festhalten, dass solche punktuellen Allianzen mit den Linken auch in an-

deren Sachgeschäften erfolgen und auch in der Vergangenheit immer wieder vorgekommen sind. Wichtig scheint mir aber, dass die Armee in Zukunft wieder von den bürgerlichen Parteien getragen wird. Alles andere wäre nicht ehrlich und scheint mir gefährlich zu sein.

Wieso ist es überhaupt so weit gekommen, dass solche Änderungen vorgenommen werden sollten?

Dies lässt sich klar auf das Verhalten der Mitteparteien im Parlament und die internationalen Profilierungsgelüste im Bundesrat zurückführen. Neben der bekannten Instrumentalisierung unserer Armee durch unsere Aussenministerin (die Piratenjagd Atalanta ist das aktuellste Prestigeobjekt von Frau Calmy-Rey) finden sich solche Ansichten leider immer mehr auch in den angeblich bürgerlichen Mitteparteien. So stehen z.B. für die FDP ein NATO-Beitritt und weitere internationale Kooperationen im Zentrum – dies letztlich auf Kosten der eigenen Verteidigungsfähigkeit, militärischen und politischen Unabhängigkeit und unserer Neutralität. Der Fokus weg vom Nationalen und hin zum Internationalen gefährdet auch unser Milizsystem. Es ist höchste Zeit, sich wieder auf den Kernauftrag unserer Armee zu besinnen: die Verteidigung unseres Landes und unserer Bevölkerung. In diesem Zusammenhang erwarte ich vom neuen Sicherheitspolitischen Bericht klare Antworten und eine Stossrichtung, die es wieder erlauben, eine bürgerliche Mehrheit im Parlament für Armeefragen zu schaffen.

Zu vermieten

Zu vermieten in Wisen SO

Imitten einer traumhaften + sonnigen Juralandschaft mit Aussicht ins Grüne auf 725 müM, je 15 Min. zu Autobahn, nach Olten und Sissach, neu erstelltes.

3.5 Zi – Stöckli

Neben von uns bewohnten EFH an Einzelperson oder Paar. Wenn sie diese einmalige Wohnsituation in Ruhe und mit Respekt geniessen möchten, im Haus nicht rauchen, dann erwarten wir ihren Anruf 062 293 15 09, abends Alles weitere nach Vereinbarung. Fam. Stämpfli, Forenweg, 4634 Wisen



Nationalrat Roland F. Borer, Kestenholz (SO)

ATALANTA – ein teurer Schuss in den Ofen

Versprechen des Bundesrates an die Bevölkerung scheinen Aussenministerin Micheline Calmy-Rey ziemlich egal zu sein. Nur so ist zu erklären, dass sie mit Nachdruck einen Einsatz von Schweizer Soldaten zur Piratenjagd am Horn von Afrika reklamiert! Eigenartig erscheint in diesem Zusammenhang zudem die zunehmende Dominanz des Departements des Äusseren bei der Federführung bei Armeeeinsätzen.

Am 10 Juni 2001 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit 51% äusserst knapp die Bewaffnungsvorlage bei Auslandeinsätzen angenommen. Der Bundesrat machte im Abstimmungsbüchlein dazu folgende Erläuterungen: *«Angehörige der Armee, die an Einsätzen zur Friedensförderung teilnehmen, sollen bei Bedarf als ganze Einheit bewaffnet werden können. Damit können sie sich selber schützen und ihren Auftrag erfüllen. Die Teilnahme an diesen Einsätzen ist freiwillig. Für die Schweiz kommen solche Engagements nur in Frage, wenn ein Mandat der UNO oder der OSZE vorliegt. Das Gesetz schliesst die Teilnahme von Schweizer Truppen an Kampfeinsätzen zur Erzwingung des Friedens aus!»*

Und weiter: *«Die Bewaffnung dient aber nicht dazu, mit offensiven Kampfeinsätzen den Frieden zu erzwingen: Das Gesetz schliesst dies ausdrücklich aus. Die Bewaffnung hat vielmehr den Zweck, dass die Angehörigen der Armee sich selber schützen und ihren Auftrag erfüllen können, statt auf den Schutz durch ausländische Truppen angewiesen zu sein.»*

Nur acht Jahre später hat die bundesrätliche Mehrheit eine abrupte Kehrtwendung vollzogen. Unter Federführung von Calmy-Rey wird versucht, Detachements, bestehend aus Angehörigen des Armeeaufklärungsdetachements 10, in einen robusten Einsatz am Horn von Afrika zu schicken. Robust bedeutet Einsätze, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit mit direkten Kampfhandlungen verbunden sind! Diesen Umstand versucht der Bundesrat mit dem neu eingeführten Begriff einer international abgestützten «Polizeiaktion» zu verwedeln.



Es gibt verschiedenste Gründe, weshalb die ATALANTA-Aktion zu hinterfragen ist:

Es stellt sich erstens die Frage der Zuständigkeiten. Warum werden neu Polizeieinsätze mit Armeeverbänden durchgeführt? Bisher wurde dem Grundsatz nachgelebt, dass für Polizeieinsätze die Polizei zuständig ist! Ist dieser Begriff allenfalls nur ein politisches Feigenblatt dafür, dass ein Einsatz von schweizerischen Truppen in einem internationalen Kampfverband durch die Hintertür legitimiert werden kann?

Tatsache ist weiter, dass internationale Experten die Wirksamkeit der Bekämpfung der Piraterie auf diese Art stark in Zweifel ziehen. Teuer und ineffizient lautet deren Beurteilung. So wurden zum Beispiel mehrere Frachtschiffe aus bewachten Konvois heraus «entführt». Die direkte Wirkung der Eskortierung von Frachtern, Containerschiffen und Tankern durch Schiffe verschiedenster Seestreitkräfte darf also zumindest hinterfragt werden. Neben allen Neutralitätspolitischen Fragen gilt es zu

überlegen, ob es etwas bringt, wenn nun auch noch Schweizer Soldaten auf Schiffen der NATO-Verbände Dienst zur Bekämpfung der Piraterie im Golf von Aden leisten.

Auch ein direkter Einsatz von Schweizer Soldaten zu Gunsten von Schiffen, welche im Besitze von Reedereien mit Firmenstandort in unserem Land sind, wären nur beschränkt möglich. Alle diejenigen, welche unter einer ausländischen Flagge die Weltmeere befahren – und das ist die überwiegende Mehrheit – könnten ohne Zustimmung des entsprechenden Flaggenstaates nicht direkt geschützt werden. Bundesrätin Calmy-Rey ist sich neuerdings offenbar dieser Problematik bewusst. So spricht sie jetzt davon, dass es primär um den Schutz internationaler Nahrungsmitteltransporte nach Ostafrika geht.

Bezüglich der Gefangennahme von Piraten sind ebenfalls Fragen offen. Können durch Schweizer Armeeangehörige dingfest gemachte Piraten zum Beispiel an Kenia ausgeliefert werden? Einen Staat, der die Todesstrafe kennt?

Über die Kosten scheint sich die bundesrätliche Mehrheit keine Rechenschaft zu geben, nur über die Zahlstelle. Bezahlt werden soll dieser überaus teure Einsatz durch das VBS aus dem Armeebudget. Die Verantwortlichen von bereits im Einsatz stehenden Streitkräften sprechen mittlerweile von einer Einsatzdauer von weit über zehn Jahren im Golf von Aden und an der afrikanischen Ostküste. Die Kosten für eine Schweizer Einheit dürften sich zusätzlich des notwendigen Backoffice

in der Berner Verwaltung und der für den Betrieb notwendigen Infrastruktur jährlich auf einen hohen dreistelligen Millionenbetrag belaufen.

In der Gesamtbeurteilung wird der Einsatz ATALANTA zu hohen Kosten führen, ohne entsprechende Erhöhung der Sicherheit für die schweizerische Hochseeschifffahrt. Gemäss Studien der Reedereien wäre es sogar wirkungsvoller und preiswerter, aus der Staatskasse den Umweg über das Kap der guten Hoffnung aus der Bundeskasse zu begleichen.

Die durch Frau Calmy-Rey unter gültiger Mithilfe des ehemaligen Verteidigungsministers Samuel Schmid initiierte «Übung» auf hoher See ist aus vorgenannten Fakten für unser neutrales Land einerseits und für die Armee andererseits ein klassischer Schuss in den Ofen. Das Resultat dieses Einsatzes wird, realistisch beurteilt, immer negativ sein! Es ist bedauerlich, dass die Mehrheit der Landesregierung einer profilierungssüchtigen Aussenministerin in derartigen Problemfeldern freien Handlungsspielraum gewährt.

Werbung

Bettenreinigung in einem Tag!

Decken und Kissen werden morgens abgeholt und in einem Tag aufgefrischt. Inhalt reinigen: Decken Fr. 25.-, Kissen Fr. 10.-. Neue Stoffe und Nachfüllung auf Wunsch. Nur 1a-Qualitäten, kein Lebendrupf! Neue Decken und Kissen; auch Spezialanfertigungen. Direktverkauf aus eigener Fabrikation.

BETTWARENFABRIK

Rafzerfeld

Bettfedernreinigung
Potema®
Mobile Matratzenreinigung



ZOLLINGER + CO AG
8424 Embrach, Hardhofstrasse 15
044 869 10 75 seit 45 Jahren

Täglich auf Voranmeldung bis 20.00 Uhr

www.rafzerfeld.com

Delegiertenversammlung der SVP Schweiz

Schweizer Armee: Keine neutralitätsfeindlichen Experimente im Ausland

Am 20. Juni 2009 fand in der Schöntalhalle in Altstätten (SG) eine Delegiertenversammlung der SVP Schweiz statt. Im Zentrum dieses Anlasses stand die Frage, welchen Zweck die Schweizer Armee zu erfüllen hat: Soll sie vermehrt für Auslandeinsätze und für die Aussenpolitik der Schweiz eingespannt werden oder soll sie der Landesverteidigung im Inland dienen? Die Antwort der SVP-Delegierten war eindeutig: man will eine starke, glaubwürdige und unabhängige Verteidigungsarmee zum Schutze unseres Landes und unserer Bevölkerung und lehnt neutralitätsfeindliche Auslandeinsätze ab.

In den letzten Jahren hat die Armee ihren Kernauftrag zunehmend aus den Augen verloren. Die Mitte-links-Parteien und insbesondere Aussenministerin Calmy-Rey setzten die Grundwerte der neutralen Schweiz und unserer Milizarmee zugunsten weiterer Annäherungen an internationale Bündnisse wiederholt aufs Spiel. Auch im Militärbereich wurden die Vorbereitungen für einen schrittweisen EU-Beitritt vorangetrieben.

Der neue VBS-Chef Ueli Maurer will diesen Entwicklungen nun einen Riegel schieben. In seiner Ansprache an die SVP-Delegierten erläuterte er seine Ansichten über «Sicherheit und Souveränität». Dass in der Armee während Jahren nur auf die Maxime Sicherheit durch Kooperation gebaut wurde, sei falsch gewesen. «Internationale Kooperation ist keine Strategie», so der SVP-Bundesrat in seinem Referat, denn dies bedeute vielmehr, dass die Verantwortung für die Verteidigung an einen anderen delegiert werde. «Kooperation bringt nicht Sicherheit, sondern Abhängigkeit im Frieden und Schutzlosigkeit im Ernstfall!»

In einer interessanten Podiumsdiskussion – moderiert durch den Journalisten Beni Gafner – legten

anschliessend die Nationalräte Roland Borer (SVP), Josef Lang (Grüne), Arthur Loeffle (CVP) und FDP-



Ständerat Hans Altherr ihre Positionen zur Frage, in wessen Dienst – Landesverteidigung oder Aussenpolitik – die Schweizer Armee stehen müsse, dar. Während CVP und FDP bereit sind, einem verfassungswidrigen (das aktuelle Militärgesetz verbietet derartige Missionen) und neutralitätsfeindlichen Auslandeinsatz in Somalia zuzustimmen, wehrten sich die SVP und die Grünen vehement gegen diese Absichten des Bundesrates. Nach zwei weiteren Grundsatzreferaten wurde über den geplanten Anti-Piraten-Einsatz vor Somalia diskutiert. Hier wurde rasch klar, auch die SVP-Basis will keine Auslandsexperimente im Armeebereich zulassen, vielmehr müssen wieder deren Kernaufgaben im Zentrum der militärischen Aktivitäten und der entsprechenden Ausbildung stehen.

Um diese wichtigen Grundsätze verbindlich festzuhalten, verabschiedete die Delegiertenversammlung in der Folge auch eine Resolution gegen eine Teilnahme an der von Bundesrätin Calmy-Rey propagierten Piratenjagd (Operation NAVFOR Atalanta). Es gilt die fortschreitende Zerstörung unserer Neutralität zu stoppen und den aussenpolitischen Aktivismus bei der Armee zu beenden. Denn es stehen die Glaubwürdigkeit unserer Schweiz und die internationale Akzeptanz von unseren humanitären Organisationen auf dem Spiel!

Werbung



Strafrecht: SVP setzt Verschärfungen durch

Nachdem das schweizerische Strafrecht in den letzten 15 Jahren zu einem Kuschelstrafrecht verkommen ist, könnte die von der SVP verlangte ausserordentliche Session nun endlich eine Trendwende einleiten. Die Beratung im Nationalrat hat deutlich aufgezeigt, dass das Strafrecht wieder verschärft werden muss, um die Sicherheit in der Schweiz zu erhöhen. So sollen unter anderem wieder kurze Freiheitsstrafen eingeführt und der teilbedingte Strafvollzug für Strafen über zwei Jahre abgeschafft, das Strafmass bei diversen Delikten (insbesondere Vergewaltigungen) erhöht und ein nationales Register für vorbestrafte Pädophile geschaffen werden. Zudem sollen Ausländer, die sich weigern sich zu integrieren, ausgeschafft und die Möglichkeit geschaffen werden, dass kriminelle Ausländer den Strafvollzug in den Heimatländern antreten sollen.



Erfolgreicher Kampf gegen Scheinehen

Sowohl der Nationalrat als auch der Ständerat folgen einer parlamentarischen Initiative von SVP-Präsident Toni Brunner, welche die Eheschliessung bei rechtswidrigem Aufenthalt in der Schweiz unterbinden will. Die bisherige Regelung, welche den Zivilstandsämtern grossen Erwägungsspielraum ohne klare rechtliche Grundlagen überliess, konnte die Verhinderung von Scheinehen nicht gewährleisten. Mit der Verankerung des Grundsatzes des geregelten Aufenthaltes in der Schweiz als Voraussetzung für eine Heirat auf der Stufe des Zivilgesetzbuches wird eine bestehende Lücke im aktuellen Recht einfach und wirkungsvoll geschlossen. Rechtskräftig abgewiesene Asylsuchende und Illegale, welche die Schweiz verlassen müssen, können sich künftig der Ausreise nicht mehr durch Heirat entziehen.



10-Milliarden-Dollar-Kredit an IWF ohne Gegenleistungen

Der Ständerat heisst – gegen die Stimmen der SVP – einen 10-Milliarden-Dollar-Kredit zugunsten des Internationalen Währungsfonds (IWF) gut. Einmal mehr zeigt sich, dass die Mitte-links-Mehrheit des Parlamentes sich besser darin versteht, internationalen Forderungen nachzugeben als sich für die Interessen unseres Landes einzusetzen. In vorauseilemdem Gehorsam spricht man einen Kredit für Massnahmen, welche die G20 beschlossen haben. An derselben Sitzung wurde zudem auch über die «Steueroase» Schweiz diskutiert und insbesondere Deutschland und die USA erhöhten den Druck auf unser Bankkundengeheimnis erneut. Anstatt sich zu wehren und ein Abwehrdispositiv im aktuellen Wirtschaftskrieg zu rechtfertigen, werden die Erpresser sogar belohnt.



CO₂-Abgabe: Steuererhöhung von 200 Millionen Franken

In der Differenzbereinigung stimmt das Parlament der CO₂-Teilzweckbindung für energetische Gebäudesanierungen zu. Damit werden die Steuern faktisch um 200 Millionen Franken pro Jahr erhöht. Die SVP hat sich auch in diesem Fall konsequent gegen die neuen Abgaben gewehrt und gefordert, dass die vollständige Rückvergütung an die Bevölkerung erhalten bleiben müsse, konnte sich aber nicht durchsetzen. Die SVP hat in der Session eine Motion eingereicht, in welcher der Bundesrat aufgefordert wird, die geplante Verdreifachung der CO₂-Abgabe umgehend zu sistieren und mittels eines dringlichen Bundesbeschlusses dem Parlament eine Revision des CO₂-Gesetzes vorzulegen, die es erlaubt, in Zeiten von Krisen und Notlagen die Erhebung der CO₂-Abgabe vorübergehend ausser Kraft zu setzen.



Werbung

RUTZ & PARTNER
STRATEGIE UND KOMMUNIKATION

Vertrauen schaffen. Ziele erreichen.

Wir wissen, wie man komplizierte Sachverhalte einfach formuliert. Wir wissen, wie man überzeugend auftritt. Und wir bürgen für genaue, professionelle Arbeit. Nennen Sie uns Ihr Ziel. Gemeinsam werden wir es erreichen.

Unsere Kompetenzen: Kommunikations- und Strategieberatung, Public Relations, Kampagnen, Wahl- und Abstimmungskämpfe, Medientraining, Lobbying etc.

HINTERDORFSTRASSE 9 · POSTFACH · CH-8702 ZOLLIKON / ZÜRICH
TEL. +41 44 391 32 32 · FAX +41 44 391 32 30
WWW.RUTZ-PARTNER.CH · INFO@RUTZ-PARTNER.CH

LA ROTONDA
RISTORANTE & PIZZERIA

A. & B. D'ALFONSO
NEUBRÜCKSTRASSE 70
CH-3012 BERN
++41 31 301 30 15

Die Stammebeiz der SVP in Bern!

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN

AAREPTAN

Bahnhofweg 17, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
translate@aareptan.ch

TROUVAILLES
Kunstgalerie

Permanente
Gemälde-Ausstellung
des 19.–20. Jahrhunderts

Mittwoch: 14.00–18.00 Uhr
Samstag: 10.00–16.00 Uhr
oder nach Vereinbarung

Paul + Charlotte Vogt
Fischmarkt 6
CH-4410 Liestal

Tel./Fax +41 61 721 78 81
Natel +41 79 674 05 84
vogttrouvailles@bluewin.ch

Die deutschsprachige kantonale SVP Tessin ist ein aktiver bürgerlicher Politclub

Sie ist ideal für Deutschschweizer, die im Tessin Wohnsitz nehmen, die italienische Sprache noch wenig beherrschen und gesellschaftlich besser integriert sein möchten. Die ds-SVP Tessin macht bürgerliche Politik, rechts der Mitte. Sie kämpft für eine erhaltenswerte Schweiz und lehnt eine Überschwemmung mit Asylanten und Migranten ab. Sie setzt sich für die Erhaltung des schönen Kantons Tessin mit seiner Kultur und seinen Gebräuchen ein. Die ds-SVP Tessin macht Wanderungen, Museumsbesuche und nimmt an kulturellen Veranstaltungen teil. Bei allen Anlässen wird die Freundschaft und Geselligkeit gepflegt. Mitglieder aus anderen Kantonen werden ebenfalls aufgenommen, insbesondere auch Zweitwohnungsbesitzer im Tessin.

Unser Clublokal ist das schöne und feine Terrassen-Restaurant **Cà Nostra** in Brione s. Minusio, Tel. 091 743 58 52. Hier findet jeden 1. Mittwoch eines Monats um 12.00 Uhr ein Lunch der ds-SVP Tessin statt.

Interessenten wenden sich an Manfred Oswald, ds-SVP Tessin, Postfach 5470, 6901 Lugano, Telefon 091 940 13 57, manfred.oswald@bluewin.ch

SVP-HIT

***Hotel-Restaurant
Alpenblick
Fieschertal

Wellness-Hallenbad
Sauna-Dampfbad-Whirlpool

- Übernachtung im Doppelzimmer
- mit Frühstücksbüffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

FR.50.-
pro Person/Nacht

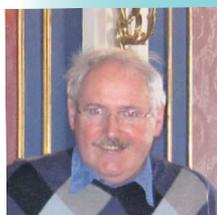
Egal wieviel Nächte!

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - alpenblick@rhone.ch

SVP-Grossratspräsidenten in der Westschweiz

Walter Willener

56 Jahre alt
Verheiratet, 2 Kinder
Ing. Agronom, Direktor AGORA



Präsident vom
27.05.2008 bis 26.05.2009



Laurent Chappuis

57 Jahre alt
Verheiratet, 2 Kinder
Meister-Landwirt



Präsident vom
01.07.2008 bis 30.09.2009

LIBERTÉ
ET
PATRIE

Pierre-André Page

49 Jahre alt
Verheiratet, 3 Kinder
Meister-Landwirt



Präsident vom
01.01.2009 bis 31.12.2009

Eric Leyvraz

62 Jahre alt
Verheiratet, 4 Kinder
Weinbauer, dipl. Ing, Agr. ETHZ



Präsident vom
13.11.2008 bis 31.10.2009



Gilberte «Doudou» Demont, Ehemalige Koordinatorin der SVP-Westschweiz, Murten (FR)

2008–2009

Historische Jahre für die SVP in der Westschweiz

Der Erste Bürger kommt in vier von sechs welschen Kantonen aus der SVP. Ein strahlendes Bild der SVP in der Westschweiz!

Sie werden mir sagen, dass der Präsident des kantonalen Parlamentes nur ein Ehrentitel sei. Dies ist zum Teil richtig, jedoch ist der grosse Nutzen für die politische Partei nicht zu unterschätzen. Der Präsident des Grossen Rates des jeweiligen Kantons leitet die Debatten während den Sessionen. Dabei sind Fähigkeiten nötig wie rasche Wahrnehmung der

Aufgaben und der Verantwortungen, Lösungsorientierung, strukturiertes und organisiertes Vorgehen sowie manchmal eine Portion Hartnäckigkeit.

Der Präsident vertritt seinen Kanton an vielen wichtigen und bereichernden Anlässen und hat dabei einen engen Kontakt mit der Bevölkerung. Für unsere SVP-Grossratspräsidenten ergeben sich damit zahlreiche Gelegenheiten, die uns von den Medien freudig umgehängten Etiketten wie «antisozial, ohne Herz, Rassis-

ten» zu zerstreuen. Die Präsidenten müssen diese Gelegenheit nutzen. Die Objektivität in der Art und Weise, wie Parlamentsgeschäfte bearbeitet werden und wie Anfragen entgegen genommen werden, ist die intellektuelle Ausprägung der Aufgabe. Damit steigt die Glaubwürdigkeit unserer Partei. Der rote Faden des Mandats heisst deshalb «Respekt–Geduld – Philosophie».

Ein ganzes Jahr mag lang erscheinen, wenn man sich die investierte Zeit des Präsidenten vorstellt. Aber

sie kann auch kurz sein, wenn die Wahrnehmung der Verantwortung betrachtet wird, sollen doch die Präsidenschaft und deren Resultate von einer hohen Qualität sein.

Unsere vier kantonalen Parlamentspräsidenten haben folgende gemeinsamen Punkte:

- einen guten Sinn für das Bodenständige, was bei ihren Berufen verständlich ist
- eine ausgezeichnete Analysefähigkeit
- einen Sinn für Kommunikation
- die Verantwortung zur Aufgabenerfüllung

Da ich sie persönlich kenne, hege ich überhaupt keinen Zweifel, dass sie ihre Aufgabe beispielhaft erfüllen oder erfüllt haben.

Herzlichen Dank, meine Herren Grossratspräsidenten. Die SVP der Westschweiz ist stolz auf Sie!

Setzen Sie sich ein, melden Sie sich!

Ich bin bereit zu mithelfen :

- Flyers verteilen! Wieviele?
- Teilnahme an Standaktionen! Wo?
- Plakate aufhängen! Wieviele?
- Leserbriefe schreiben! Wieviele?

Meine Adresse:

Name: Vorname:.....
 Adresse:
 PLZ: Ort:
 E-Mail: Telefon:



www.mwst-stop.ch

Bitte Talon an folgende Adresse zurückschicken!

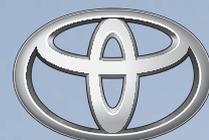
melden Sie sich an bei unserer Facebook-Gruppe!

Mit einer Spende auf **PC 60-618593-1** unterstützen Sie diese Kampagne. Danke.

Überparteiliches Komitee gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer, Postfach 8252, 3001 Bern.

Der neue Verso.

Das praktische Raumwunder, jetzt mit noch mehr Platz.



TOYOTA

**Mehr Fahrkomfort
und Laderaum:**
32 mögliche
Sitzpositionen
und eine grosse,
ebene Ladefläche.

**Mehr Sicherheit
für Sie und Ihre
Mitfahrer:**
Aktive Kopfstützen
vorne mit Anti-Schleudertrauma-Schutzsystem, Kopf-Airbags auf der 3. Sitzreihe beim 7-Plätzer.

Mehr Beinfreiheit:
Mehr Platz als in einer
Luxuslimousine.

Mehr Ausstattung:
Schon die Basisversion
Linea Terra überzeugt
zum Beispiel mit der
Klimaanlage und
Mittelarmlehne in der
2. Sitzreihe.

Mehr Übersicht:
Zusätzlicher
Innenraumspiegel,
grosses Glas-
Panoramadach
(optional), grössere
Frontscheibe.

**Mehr Leistung,
weniger Verbrauch:**
Dank Toyota
Optimal Drive.



Verso 1.8 «Linea Sol Premium», 7 Plätze.

Von aussen werden Sie denken: wie kompakt. Von innen werden Sie denken: wie gross.
Mit dem neuen Verso können Sie nur profitieren.

- Sauberste Motorentechnologie dank Toyota Optimal Drive
- Nur 5,6 l Verbrauch (2.0-l-Common-Rail-Turbodiesel)
- Nur 146 g/km CO₂-Ausstoss
- Den Verso gibt's **bereits ab Fr. 32'200.-***
oder für **Fr. 331.- pro Monat inkl. 3 Jahre Gratis-Service**

Testen Sie das Raumwunder jetzt bei einer Probefahrt.

* Unverbindlicher Nettopreis.

Ø CO₂-Ausstoss aller in der Schweiz angebotenen Fahrzeugmodelle: 204 g/km



verso.ch

**Today
Tomorrow
Toyota**